



Gesundheitswesen bleibt zivil: Nein zur Militarisierung der Medizin!

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit ist am 1. Januar 2025 der „Operationsplan Deutschland“ in Kraft getreten – erarbeitet unter Federführung der Bundeswehr. Er legt die zivilen Unterstützungsleistungen für das Militär im Fall der Landes- und Bündnisverteidigung fest. Alle Bereiche der Gesellschaft sollen auf die Bedürfnisse des Militärs und die Erfordernisse der Kriegsführung ausgerichtet werden.



Foto: © Cunaplus_M.Faba / iStock

Deutschland wäre im NATO-Bündnisfall sowohl Aufmarschgebiet für NATO-Truppen als auch Drehscheibe für verletzte Soldat*innen und Zivilist*innen. Die erwarteten Patientenzahlen übersteigen alles, was wir von Katastrophen oder aus Pandemiezeiten kennen. Die Bundeswehr rechnet mit bis zu 1.000 verletzten NATO-Soldat*innen täglich, über Jahre hinweg. Zudem wird eine massive Flüchtlingswelle von verletzten Zivilist*innen erwartet. Dem stehen nur fünf Bundeswehrkrankenhäuser mit 1.800 Betten gegenüber – eine Kapazität, die in zwei Tagen erschöpft

wäre. Das zivile Gesundheitssystem müsste einen erheblichen Teil seiner räumlichen und personellen Ressourcen dem Militär zur Verfügung stellen.

Sowohl im Bündnis- wie auch im Verteidigungsfall würde das zivile Gesundheitssystem in erheblichem Maße einbezogen. Dabei fehlt medizinisches Personal schon in Friedenszeiten. Ein Rollenkonflikt ist unvermeidlich, wenn ziviles medizinisches Personal in militärische Strukturen eingebunden wird. Während das Militär den Regeln der Kriegslogik folgt, ist das

zivile Gesundheitssystem der individuellen Patient*in verpflichtet. In Kriegszeiten geraten medizinische Ethik und militärische Logik in Konflikt – das Militärische hat den Vorrang. Bei dem Begriff „Triage“ geht es um die Priorisierung knapper medizinischer Hilfeleistung – im Kriegsfall, um die Einsatzfähigkeit der Soldat*innen zu gewährleisten.

Atomkriegsgefahr wird verschleiert

Atomwaffen sind zwar Teil vieler Militärstrategien, doch das Wort „Atomkrieg“ wird vermieden. Stattdessen wird die Bedrohung der Zivilbe-

völkerung mit Begriffen wie „größere radioaktiven Zwischenfällen“, oder allgemein CBRN – „chemische, biologische, radiologische, nukleare Gefahren“ verschleiert. Nach der Explosion einer Atombombe kann, abgesehen von den gesundheitlichen Strahlenfolgen, schon allein die Zahl der Verbrennungspatient*innen nicht versorgt werden, wie die Erfahrungen von Hiroshima zeigten. Damals erlitten ca. 60.000 Menschen schwerste Verbrennungen. Die Zahl wäre bei den heutigen Atomwaffen noch sehr viel höher. Kein Gesundheitssystem der Welt könnte ein solches Szenario bewältigen.

1981 plante schon einmal eine Bundesregierung ein „Gesundheitssicherstellungsgesetz“, das nach

heftigen Protesten aus der Ärzteschaft zurückgezogen wurde. Der Protest richtete sich gegen die verpflichtende Fortbildung für Ärzt*innen, die Triage für den Kriegsfall zu erlernen: die Sichtung und Priorisierung

von Verletzten im Falle eines Atomkrieges. „Wir werden Euch nicht helfen können“, war damals die zentrale Aussage der IPPNW. Die „Frankfurter Erklärung“ von 1982 ist heute wieder hochaktuell.

Frankfurter Erklärung der IPPNW 1982

„Ich halte alle Maßnahmen und Vorkehrungen für gefährlich, die auf das Verhalten im Kriegsfall vorbereiten sollen. Ich lehne deshalb als Arzt jede Schulung oder Fortbildung in Kriegsmedizin ab und werde mich daran nicht beteiligen. Das ändert nichts an meiner Verpflichtung und Bereitschaft, in allen Notfällen medizinischer Art meine Hilfe zur Verfügung zu stellen und auch weiterhin meine Kenntnisse in der Notfallmedizin zu

verbessern. Da ein Krieg in Europa nach überwiegender Experten-Meinung unter Benutzung der modernen Massenvernichtungswaffen geführt werden würde, muss er absolut unmöglich gemacht werden. Jede Vorbereitungsmaßnahme indessen, die von seiner Möglichkeit ausgeht, fördert indirekt die Bereitschaft, sich auf etwas einzustellen, was um jeden Preis verhindert werden muss.“
[...]

Gesundheitswesen für den Frieden!

In der IPPNW engagieren sich Ärztinnen, Ärzte, Medizinstudierende und Menschen, die im Gesundheitswesen tätig sind, für eine menschenwürdige Welt frei von atomarer Bedrohung. Frieden ist unser zentrales Anliegen. Wir setzen uns ein für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen. Dabei leiten uns unser Berufsethos und unser Verständnis von Medizin als einer sozialen Wissenschaft. **Werden Sie Mitglied der IPPNW und engagieren sich als Friedensstifter*in. Oder unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende.**



Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V., kontakt@ippnw.de | www.ippnw.de
Spenden: GLS-Bank, DE23 4306 0967 1159 3251 01 | ippnw.de/spenden